

„Es gibt keinen Grund zur Angst“

Ministerialdirektor Julian Würtenberger referiert im CDU-Kreisvorstand seine Sicht zur inneren Sicherheit und zur Terror-Gefahr

Schwarzwald-Baar (bom) Das Fürstlich Fürstenbergische Altenpflegeheim in Hüfingen ist im Land eine der modernsten Einrichtungen seiner Art und bekannt für seine innovative und prämierte Arbeitsweise. Geschäftsführer Helmut Matt nutzte deshalb während einer CDU-Kreisvorstandssitzung die Chance, das Altenpflegeheim vorzustellen. CDU-Kreisvorsitzender Andreas Schwab hieß rund zwei Dutzend Mitglieder an historischer Stätte im einstigen Schlossgebäude willkommen.

Von den 120 Bewohnern lebt die Hälfte im einstigen Schloss. Vor einem

Jahrhundert lebten dort noch 600 Menschen. Doch diese Zeiten sind längst vorbei. Helmut Matt zeichnete das Altenpflegeheim als eine Einrichtung, die konzeptionell auf die Bedürfnisse seiner Bewohner eingeht und hat sich in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der demenziellen Therapie erweitert. Michael Kollmeier, der neue Bürgermeister von Hüfingen, beschreibt das Pflegeheim als eine Institution, die den Bewohnern das Lernen lehre und sich thematisch-inhaltlich am Puls der Zeit bewege.

Gastredner des Abends war Ministerialdirektor Julian Würtenberger. Aus Sicht des Landes-Innenministeriums setzte er sich im Hinblick auf Flüchtlinge, Terror und Cyberkriminalität mit den Herausforderungen an die innere Sicherheit auseinander. Würtenberger

zählte präventive Arbeit und die Hervorhebung von Erfolgen, die das Ministerium im Bereich der Sicherheit erzielt, als vordringliche Ziele. Er sprach sich gegen Panikmeldungen aus und sah das Land im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrors auf einem guten Weg.

Handlungsbedarf bei der Polizei

Praktisch sieht er dringenden Handlungsbedarf in einer Optimierung der Strukturreform der Polizei und hinsichtlich präventivem Internet. „Es gibt keinen Grund zur Angst“, appellierte er in Bezug auf die Terrorgefahr. Bundestagsabgeordneter Thosten Frei begrüßte, dass sich die Landesregierung an die Spitze jener Länder stellte, die sich für eine Zusammenarbeit von Militär und Polizei stark machten. Seiner Meinung nach gibt es kein Land, das eine derar-

tige Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit ziehe.

Würtenberger bat hinsichtlich einer Freigabe der ehemaligen Kasernengelände in Villingen und Donaueschingen um Geduld. Er kündigte noch für 2016 ein Gesamtpaket an, das landesweit die weitere Unterbringung von Flüchtlingen regle. Das liege auch an der Bearbeitung liegen gebliebener Asylanträge, die inzwischen abgearbeitet seien. Aktuell seien 60 Prozent aller vom Land bearbeiteten Asylanträge berechtigt. Würtenberger hält es für eine Pflicht, sich um die Integration dieser Menschen zu bemühen und ihnen Schutz zu bieten.

Die Zentrumsnähe des einstigen Kasernengeländes zur Donaustadt bezeichnete er als einen Vorteil bei einer Freigabe für städtische Planungen.

SK 20.9.16